

# Presseinformation

Potsdam, den 19. Mai 2021

**Jan Langehein**  
Stellv. Pressesprecher

**DIE LINKE. Fraktion im  
Landtag Brandenburg**

Alter Markt 1  
14467 Potsdam

Telefon: 0331 / 966 15 44  
Telefax: 0331 / 966 15 40

Jan.langehein@  
linksfraktion-brandenburg.de

## **Rede der Abgeordneten Kathrin Dannenberg zum TOP 6 der 43. Landtagssitzung (Motivation an den Schulen)**

*- Es gilt das gesprochene Wort -*

Anrede,

seit über einem Jahr kämpfen wir mit dieser Pandemie - seit einem Jahr lernen wir mehr hinzu - seit einem Jahr wissen wir: nach einer ersten Welle kommt die zweite und auch die dritte - vielleicht auch eine vierte!

Für unsere Kinder herrscht seit langem der Ausnahmezustand. Durch Kita- und Schulschließungen, Distanzlernen, Wechselunterricht, ungleiche Ausstattung mit digitalen Endgeräten, fehlende Internetverbindungen... fehlender Sport, musizieren, singen. Soziale Kontakte, die für das Lernen viel zentraler sind als das Abarbeiten von Arbeitsbögen zu Hause (und das ist es zum großen Teil), sind schwer beschädigt. Gerade die Kinder, die besondere Aufmerksamkeit benötigen, verloren in den letzten Monaten den Anschluss - denn der Bildungszug fuhr weiter, ohne anzuhalten - stattdessen wurde ein Wagon nach dem anderen mit Kindern und Jugendlichen abgehängt, die nicht in der „ersten Klasse“ sitzen können!

Nun kommt –im Übrigen viel zu spät- Ministerin Karliczek daher und spricht davon: Man hätte das Herz in die Hand genommen, um Kindern und Jugendlichen zu helfen.

Ein Aufholpaket: 2 Mrd. Euro, für Ferienangebote und um Lernrückstände aufzuholen. Allein der Begriff ist eine Katastrophe. Ein motivierender Titel: z.B. „Um besseres Lernen für ALLE zu ermöglichen!“, wäre besser gewesen. 2 Mrd. Euro klingt viel, ist es aber nicht, letztendlich sind das pro Schüler\*in 150 Euro. Lächerlich. Jedes Elektroauto wird mit mehreren tausend Euro gefördert- für Kinder fließt nur ein Bruchteil dessen.

Ja, Bildung ist Ländersache - für die tatsächlichen Bedarfe wird das zukünftig nicht mehr ausreichen. Wir haben jetzt die Chance zu verbessern. Bildung als Gemeinschaftsaufgabe ins GG, Aufhebung des Kooperationsverbotes, ein Bildungsrahmengesetz mit festgeschriebenen Standards- das muss her- (im Übrigen im Bundestag im Mai wieder abgelehnt) und mehr Geld- nicht in die Rüstung, sondern für unsere Kinder! Das fordert die LINKE im Bund und in den Ländern.

Zwei Dinge muss ich loswerden an die Landesregierung:

Erstens:

Es ist absolut unverständlich, dass wir vor dem neuen Schuljahr stehen und sämtliche Entscheidungen für die Ferien und für das neue Schuljahr so getroffen werden als stünden wir noch in der ersten Welle. Sie tun so, als wäre diese Herausforderung gerade erst vor 2 Wochen über uns hereingebrochen. Das ist schon eine Katastrophe und ein absolutes Versagen! Zumal hier in diesem Landtag von der Opposition genügend Vorschläge gemacht wurden - frühzeitig.

Zweitens:

Habe ich den Eindruck - sie reden zwar davon, wie schwer es Ki/Ju haben. Ihre Prioritätensetzung vermittelt jedoch einen anderen Eindruck. Sie setzen auf Abschlussklassen - auf Arbeiten- auf Prüfungen- auf Leistungsbewertung- auf Versetzen oder Sitzenbleiben. Bei Ihnen ist noch nicht angekommen, worum es eigentlich geht: Dem Bildungsausschuss sind die Briefe von Lehrkräften und Eltern zugeleitet worden:

Sie sprechen über die Kinder: von Problemen mit Gewalt und Drogen in den Familien, vom kompletten Fernbleiben, von Kindern, die in Frauenhäusern leben, von erschöpften Müttern, von Depressionen der Kinder.

Eltern der Montessori Oberschule Potsdam schreiben: *„Distanzlernen bedeutet mittlerweile, dass viele unserer Kinder dem Unterricht nicht mehr folgen können, sie werden von Tag zu Tag unkonzentrierter, verlieren die Motivation, weil sie nicht mehr verstehen, was ihnen per Computer vermittelt wird. Einige Kinder verfallen in eine depressive Stimmung. Sie sind antriebslos, lustlos, gleichgültig sowohl für familiäre, wie auch für schulische Aufgaben. Sie verlieren sich im Internet. Die Computer- und Handyzeiten dehnen sich auf halbe Tage aus. Vor allem dort, wo Eltern beide nicht im Homeoffice arbeiten können, ist diese Entwicklung nicht zu verhindern.“*

Wie klingt das in Ihren Ohren? Richtig. Es ist dramatisch! Wollen Sie mir etwa erzählen, Sie könnten einschätzen, wie viele dieser Kinder einfach nicht „wollen“, gar zu „faul“ sind in der aktuellen Lage? Diese Zitate sind ein klarer Beleg dafür, dass wir den dringenden Auftrag haben, die Kinder zu schützen!

Und nein: Der Umstand, dass doch auch viele ganz gut klarkommen, ist KEIN Argument dafür, dass Ihr fortgeführter Kurs der Leistungsmessung angemessen wäre. Nicht alle sind so widerstandsfähig und schaffen es, einen klaren Kopf zu behalten, ausgeglichen zu bleiben. Dazu müssen sich doch nur mal in Ihrem eigenen Umfeld, ja bei sich selbst schauen.

Wir Erwachsene spüren doch selbst, wie belastend diese Situation ist. Wie würden wir uns fühlen, wenn wir dafür, **wie** wir unsere Arbeit, **wie** wir die Kinderbetreuung, **wie** wir den Haushalt leisten, auch noch regelmäßig Noten bekämen unter den aktuellen Bedingungen? Wollen wir das? Nein. Aber von Kindern verlangen wir das! Das ist doch absurd! Das ist Körperverletzung!

Meine Fraktion hat in diesem Landtag mehrfach Vorschläge unterbreitet. Nun tue ich das wieder. Sie können sicher sein, ich höre auch nicht damit auf. Und das sage ich als Abgeordnete und vor allem als Pädagogin.

Daher auch heute wieder unser Antrag, der aus unserer Sicht - auch aus Sicht des LSB, der Elternsprecher\*innen nochmal deutlich macht, was passieren muss:

1. Es ist falsch, in dieser Situation auf Leistungsbewertung in Form von Noten zu setzen - egal wie. Hören Sie auf damit. Verschonen Sie die Kinder. Da nutzt auch kein Brief, Frau Ministerin, und auch keine Bildungsgänge-Ergänzungsverordnung, die im Übrigen in einem Votum mit 12 zu 6 Stimmen vom LSB abgelehnt wurde. In der Begründung steht: Man habe erhebliche Bedenken hinsichtlich der zu erfolgenden Leistungsbewertung bezogen auf Vergleichbarkeit und damit Gerechtigkeit. Es stellt sich

zudem die Frage nach der Angemessenheit der Mittel..., ob Klausuren oder häusliche Arbeiten erforderlich sind, ob mündliche Prüfungen in anderen als bisher angewandten Formen eine rechtssichere Anwendung bedeuten werden.“

Also: Lassen wir die Leistungsbewertung in Form von Zensuren bis zu den Sommerferien, wenigstens für die Klassen, die nicht abschlussrelevant sind. Zeugnisse werden nur eine Orientierung sein.

Geben Sie die Zuversicht, dass alle Kinder versetzt werden. (viele Kinder hatten doch kaum die Möglichkeit ihr Leistungsvermögen auszuschöpfen- es gibt hier keine Gerechtigkeit) Nur in Einzelfällen sollen die Lehrkräfte mit den Eltern anders entscheiden.

Und wenn wir dann noch die Botschaft an die Eltern senden, dass im neuen Schuljahr in Ruhe gelernt- Lernrückstände aufgeholt und gefördert wird- dann werden auch viele Eltern mit ruhigerem Gewissen keine Wiederholung des Schuljahres beantragen. Denn keine Mutter, kein Vater will wirklich, dass ihr Kind aus der Klasse gerissen wird.

Was muss getan werden?

2. Entschlacken Sie die Lehrpläne in den Hauptfächern bzw. prüfungsrelevanten Fächern und geben Sie den Lehrkräften und ihren Kindern für die kommenden Schuljahre mehr Zeit, indem die zu erreichenden Kompetenzen laut Rahmenlehrplan von den Jahrgangsstufen zu entkoppeln sind. Es ist doch zunächst nicht entscheidend, ob ein Kind in der 3. Klasse fließend lesen kann oder eben erst in der 4. Das, was jetzt gebraucht wird, ist Zeit zum Lernen, Zeit für Wiederholung, Festigung, für Projekte und freies Arbeiten- nicht für stetige Leistungsabrechnung!

3. Es steht die Frage im Raum: Wie müssen wir zukünftig Lernen organisieren? Ich befürchte, wenn es nach Frau Karliczek ginge, würden die Kinder, die in der Pandemie sowieso schon große Probleme haben, auch noch in den Hauptfächern NACHSITZEN.

Sie nennt es Förderung.

Ich sage Ihnen: Alles, was nach der Schule passiert - vielleicht sogar noch mit einem Bildungsgutschein für die Schülerhilfe, wird von den Kindern als Bestrafung empfunden.

Die Konsequenz muss sein: Die individuelle Förderung eines jeden Kindes kann nur im Schulalltag integriert sein. Eine weitere Stigmatisierung der Kinder, die es sowieso schon schwerer haben, müssen wir ausschließen!

Sie wollen ja wieder einen Nachtragshaushalt verabschieden: Hier können wir Prioritäten setzen:

Indem wir genau aus diesem eben genannten Grund außerschulische Bildungsangebote finanziell stärken - die z.B. auf soziales Lernen, auf Demokratiebildung, auf künstlerische Bildung, gegen Gewalt und Diskriminierung, auf sportliche Betätigung abzielen- werden diese Kolleg\*innen mit ihrer Expertise den Schüler\*innen und Lehrkräften hilfreich zur Seite stehen, das Bildungsangebot erweitern und es können vor allem mehr Schulen davon auch profitieren.

Gleichzeitig sollten wir auch unter Pandemiebedingungen außerschulische Lernorte für die Kinder und Jugendlichen zukünftig öffnen. Außerhalb der Schule lernen –raus aus den Räumen- draußen oder in kleinen Lerngruppen- mit den zur Verfügung stehenden Testkapazitäten- ist eine wesentliche Voraussetzung, um motivierter zu lernen.

Wir müssen jetzt die Entscheidung treffen, Schulsozialarbeit zu stärken. Kinder und Eltern brauchen neben den Lehrkräften ein offenes Ohr, eine Schulter oder auch zwei, Hilfe, Ansprechpartner\*innen. Es reicht nicht, an jeder zweiten Schule für die Kinder da zu sein. Das brauchen wir an jeder Schule. Hierzu kann und muss das Land seinen Beitrag leisten.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

uns geht es um:

- Motivation und Freiräume, statt Notendruck und Angst vorm Sitzenbleiben
- um mehr Zeit zum Lernen,
- mit außerschulischer Hilfe und Expertise
- mit der Zuversicht-auch außerschulische Lernorte nutzen zu können.
- Sie wissen, dass es richtig ist.

Stimmen Sie unserem Antrag zu. Vielen Dank.